Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klosterg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 16 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Anzeigen aber nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten (c.), des. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Auskünfte nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rücksendung eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Meyer's Reise-Anzüge von 20 Mk. an. Radfahrer-Anzüge von 14 Mk. an.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt
(Ecke der Seestrasse 1).
Bade-Anzüge
Bade-Mäntel
Bade-Tücher
Bade-Hosen
Reise-Artikel

Lager-Tapeten
weit unter den sonst üblichen Verkaufspreisen geben jederzeit ab
Tapetenhaus **F. Schade & Co.** Victoriastr. 2

Gewissenhaft, mässige Preise.
Bureau Patent-Reichelt. Dresden-N. Hauptstr. 4
Musterausstellung Auskunft kostenlos.
Teleph. Amt II. Nr. 20
Erwirkg. und Verwerth. in all. Staaten, Marken-Muster und Gebrauchs-Muster-Schutz.
Inhaber: Emil Reichelt, Ing. u. Patent-Anw.

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz Hoflieferant
6 Altmarkt 6 Gegründet 1843
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

„Perfectio", Dr. med. Wolfermann's Patent-Bruchband, unerreicht an Sitz u. Wirkung u. ein Segen für jeden Bruchleidenden. Alleinverkauf bei **M. H. Wendschuch sen., Marienstr. 22b.**

Nr. 194. **Spiegel:** Der deutsche Grundbesitz und die Sprachenverordnung. Hofnachrichten. Kreuzkirche. Fall Neumeister. Freimaurerinstitut. Orpheus in Löbau. Drahtseilbahn. Internationale Kunstausstellung. | Muthmaßliche Witterung: Unsicher. | **Donnerstag, 15. Juli.**

Politisches.

Auf dem Wege der innerpolitischen Entwickelung, den Graf Badeni in verhängnißvoller Stunde mit seinen oktroyirten Sprachenverordnungen beschritten hat, ist ein neuer Markstein gesetzt worden durch die Stellungnahme des verfassungstreuen deutschen Großgrundbesitzes. Die in Wien unter dem Vorsitz des Grafen Oswald Thun gefaßten Beschlüsse heben sich mit der eindrucksvollen beruhigenden Würde einer streng autoritativen Anschauungsweise von dem verworrenen Hintergrunde des erregten Tagesstreites ab und schreiben ein eindringliches Menetekel an die Wand des Regierungspalastes, in dem Graf Badeni das Konzept seiner verkehrten Maßnahmen gegenüber dem Deutschthum der Monarchie anfertigt. Aus der Kundgebung ist zunächst hervorzuheben, daß sie in Gegensatz zu manchen auf deutscher Seite sonst hervorgetretenen Erscheinungen ein starkes national-österreichisches Schollenbewußtsein athmet und gerade deshalb sich der besonderen Beachtung der leitenden Wiener Kreise empfiehlt. „Mit dem Kraftgefühl und mit der Würde und Pflicht des deutschen Volksstammes in Oesterreich finden wir es nicht vereinbar, daß, wie es in einzelnen Fällen geschah, das Nationalbewußtsein zu Handlungen jenseits der schwarz-gelben Pfähle sich verleiten läßt. In diesem Falle verurtheilen und warnen wir eindringlich." Das ist ein unzweideutiges klares Bekenntniß zu dem österreichischen Staatsgedanken, wie es nicht nur der nationalen Pflicht der Deutschen im habsburgischen Kaiserstaate entspricht, sondern wie es auch der deutschen Kulturmission in Oesterreich angemessen ist. Auf der so gezeichneten Grundlage wird dann ein Protest gegen das Regiment der Sprachenverordnungen aufgebaut, der in unantastbarer äußerer Form eine geradezu vernichtende moralische Wirkung ausübt. Der deutsche Großgrundbesitz hält sich für verpflichtet, die Regierung daran zu erinnern, daß der deutsche Volksstamm nichts Unrechtes begehrt, sondern nur seine Pflicht thut, wenn er seine staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte auf Erhaltung und Pflege seiner Nationalität und Sprache gegenüber „ausschweifenden staatsrechtlichen und nationalen Plänen mit aller Kraft vertheidigt". Ferner wird gesagt, die besondere Aufmerksamkeit ziehe jene Haltung der Regierung auf sich, die seit dem Schlusse der Session zu Tage trete und auf dem Irrthum beruhe, als könne „eine große, im Volke wurzelnde Bewegung durch polizeiliche Maßregeln unterdrückt werden". Von den Versammlungsverboten heißt es, daß sie auf sehr fragwürdiger gesetzlicher Grundlage beruhten. Einen weiteren schweren Schlag erhält das herrschende System durch die Verurtheilung der „geheimen Polizeiinstruktionen, deren politische Moral in Zweifel gezogen werden könne". Schließlich erfolgt die feierliche Versicherung, daß der deutsche Großgrundbesitz „mit voller Entschiedenheit" seinen deutschen Stammesgenossen in dem Sprachenkampfe zur Seite stehen und für die berechtigte Stellung der Deutschen in Oesterreich eintreten werde.

Die Wiener Regierung weiß nun also auch von dieser Seite, woran sie ist und daß sie auf keinen Pardon in Sachen der Sprachenverordnungen zu hoffen hat. Vielleicht ist in dem gestern in Wien zusammengetretenen Ministerrath unter Vorsitz des Kaisers bereits ein Ausdruck der so geschaffenen Lage zu erkennen, der die Erwartung eines Ansatzes zum Besseren rechtfertigt. Einstweilen freilich bemühen sich die Offiziösen nach wie vor, alle Schuld an dem ausgebrochenen Konflikt den Deutschen in die Schuhe zu schieben, und hartnäckig lehnt die der Regierung nahestehende Presse jedes sachliche Eingehen auf die berechtigten Beschwerden der Deutschen ab. Gleichzeitig mit der Kundgebung der deutschen Großgrundbesitzer findet sogar das Wiener „Fremdenblatt" den Muth, den Deutschen vorzuwerfen, sie hätten den Konflikt „auf die Straße verpflanzt". Das sei ein schlüpfriger Boden, auf dem keine Früchte wüchsen, die „ernste politische Männer erfreuen könnten". Mit Verlaub! Die Deutschen haben den Konflikt nicht freiwillig „auf die Straße verpflanzt", sondern das ist erst geschehen, als die Regierung durch ihre von dem deutschen Großgrundbesitz treffend gekennzeichneten Polizeimaßnahmen alle anderen Kanäle gewaltsam verstopft hatte, durch die der Strom des Widerstands gegen die Sprachenverordnungen sich verfassungsmäßig hätte ergießen können. Der offiziöse Hinweis auf die Schlüpfrigkeit des von den Deutschen betretenen Bodens könnte sich höchstens auf gewisse von ernsten Politikern durchaus zu verurtheilende Demonstrationen berufsmäßiger Skandalmacher beziehen, im Uebrigen aber fordert er zu der Gegenbemerkung heraus, daß nur die trotz kleinerer Ausschreitungen im Ganzen als musterhaft zu bezeichnende Selbstbeherrschung der Deutschen es bis jetzt verhindert hat, daß der Weg der österreichischen Regierung von deutschem Blute schlüpfrig geworden ist.

Gar seltsam und eigenartig berührt unter solchen Umständen die Redensart von den „Früchten, die ernste politische Männer nicht erfreuen könnten". Wie eine Regierungsweise, die mehr und mehr dem fundamentalen Irrthum zu verfallen scheint, sie könne unbequeme Fragen mit Hilfe der Bajonette lösen, einer ernsten politischen Auffassung entsprechen soll, ist völlig unerfindlich. „Bajonette sind etwas Vortreffliches und zu sehr vielen Dingen gut, nur setzen kann man sich nicht auf sie", so hat dereinst Fürst Schwarzenberg, der Sieger von Leipzig, gesagt. Heute aber scheint jenes verständige Wort in Wien ganz in Vergessenheit gerathen zu sein. Man richtet sich dort offenbar mehr und mehr auf die Vertretung desjenigen Ideenkreises ein, in dem sich ein Urenkel des genannten Fürsten, der Prinz Friedrich Schwarzenberg — oder Svarzenberk, wie er sich als engagirter Slave lieber schreibt — bewegt. Der Prinz hat jüngst in einer Rede flottweg erklärt, der böhmische „Ausgleich" zwischen den Nationalitäten — in Wirklichkeit ist das nur ein slavischer Euphemismus für die vollständige Czechisirung Böhmens — sei nicht genügend. Auch in Görz, Istrien, Kärnthen, Steiermark und Triest müßte das gleiche Werk vollendet werden. In dem Sinne des Prinzen Schwarzenberg und seiner feudalen Freunde heißt das nichts Anderes, als die vollständige Ablenkung eines deutschen Sprachengebiets und demgemäß die Streichung des deutschen Elements als eines selbstständigen Faktors aus der künftigen inneren Entwickelung Oesterreichs. Unter den Trümmern des Deutschthums soll dann zugleich die Verfassung begraben werden und auf dem so geschaffenen staatsrechtlichen Schutt will der Prinz Schwarzenberg seinen neuen Tempel aufbauen, in dem jede nichtdeutsche Nationalität ihr eigenes „Staatsrecht" nach ungarischem Vorbilde hätte und an den Centralregierungsstellen sämmtliche „staatsrechtlichen" Sprachen außer der deutschen gesprochen werden müßten. Der Schwerpunkt der neueren Entwickelung würde dann in die Einzellandtage verlegt, und die gemeinsame Regierung in Wien würde nur noch ein elendes Scheindasein fristen gegenüber den so gut wie autonomen einzelnen Nationalitäten. Ein solches „Oesterreich" mit seinem zusammenhanglosen Völker- und Sprachengewimmel wäre ein richtiger Thurm zu Babel und würde sehr bald auch demselben Schicksal verfallen wie jener.

Es gab glücklichere Zeiten für Oesterreich, in denen klerikalfeudale Ultras vom Schlage des Prinzen Schwarzenberg kaum eines Achselzuckens gewürdigt worden wären. Heute aber zählen derartige Herren zu den Intimen in Wien und der Prinz Friedrich insbesondere ist persona gratissima bei dem Grafen Badeni, der ihn sogar als führendes Element in die Ausgleichskommission berufen wollte, die vor einiger Zeit zum Zwecke der Vermittelung zwischen den Deutschen und Czechen geplant worden war. Wer möchte es den Deutschen verübeln, daß sie von der Mitwirkung zur Bildung einer solchen Kommission von vornherein abstehen? Inzwischen hat sich die Sachlage dahin zugespitzt, daß die Deutschen den Eintritt in Verhandlungen überhaupt für unmöglich erklären, bevor nicht die Sprachenverordnungen bedingungslos wieder aufgehoben sind. Auf der anderen Seite wollen die Czechen davon nicht nur nichts wissen, sondern sie stellen in ihrem blinden unbelehrbaren Fanatismus noch weitergehende Forderungen zur Unterdrückung des deutschen Elements. So hat also die verfehlte Regierungsmethode des jetzigen Kabinets zu einer gänzlichen Stagnation der inneren Politik geführt, deren Beseitigung zur Zeit nicht abzusehen ist. Den grundsätzlichen Weg zur Wiederanbahnung des inneren Friedens zeigt die Kundgebung des deutschen Großgrundbesitzes mit den Worten an: „Die Lösung der Krise kann nur erfolgen und unser Vaterland kann nur dann vor unberechenbaren Gefahren bewahrt werden, wenn das Reich vor einer in den Mitteln und Zielen unklaren staatsrechtlichen Rückbildung gesichert und wenn dem deutschen Volksstamme, dem ältesten Sohne der österreichischen Völkerfamilie, von dessen hingebungsvoller Treue die erlauchte Dynastie durch Jahrhunderte Beweise erhalten hat, seine berechtigte Stellung gewahrt bleibt." Alles wird darauf ankommen, daß Oesterreich den richtigen Mann findet zur Durchführung einer solchen Politik. Gegen den derzeitigen Ministerpräsidenten hat der deutsche Großgrundbesitz das letzte entscheidende Gewicht in die Wagschale geworfen, so daß die Schale des Grafen Badeni jäh in die Höhe geschnellt und das politische Urtheil über ihn endgiltig geworden ist: „Gewogen und zu leicht befunden."

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 14. Juli.

* **Berlin.** Ein 10½ Uhr Abends ausgebrochenes Großfeuer zerstörte das Lager des Posamentierwaarenhauses von Bache und Leon am Hausvoigteiplatz und das Konfektionslager von Th. Fränkel. Der Feuerwehr, welche mit vier Dampfspritzen ausgerückt war, gelang es, binnen einer Stunde das Großfeuer zu dämpfen und die gefährdeten anstoßenden Magazine des Seidenwaarenhauses Moritz Levin und der Konfektionsfirma Manheimer zu schützen.

Berlin. Der Kaiser wird auf seiner Reise nach Petersburg von beiden Divisionen des ersten Geschwaders begleitet sein. Das kaiserliche Geschwader, das am 7. August an der Mündung der Newa erscheinen wird, besteht mit Einschluß der Yacht „Hohenzollern" aus zehn Schiffen, mit einer Besatzung von zusammen rund 5400 Mann an Bord. Die „Post" bemerkt: Unser Brandenburg-Geschwader wird im August zum ersten Male in einem russischen Hafen vor Anker gehen und wird sicher ganz besonders seitens der russischen in Kronstadt versammelten Kriegsflotte mit kritischen Blicken geprüft werden, die es allerdings nicht zu scheuen haben wird. Wenn die Schiffe vom Brandenburg-Typ auch heute dem Modell eines Linienschiffes der neuesten Zeit, wie es das in Bau begriffene Flaggschiff „Kaiser Friedrich II." und „Ersatz Friedrich der Große" oder „Ersatz König Wilhelm" sein werden, nicht mehr ganz entsprechen, so dürfen unsere Panzer I. Klasse sich doch getrost den Augen der russischen Kritik aussetzen. Etwas wunderbar in dem kaiserlichen Geschwader wird sich allerdings das Flaggschiff des Prinzen Heinrich, der Kreuzer I. Klasse „König Wilhelm", ausnehmen, der kaum mehr den Ansprüchen gerecht wird, die man heutzutage an eine schwimmende Kaserne stellt. Aus Mangel an einem anderen geeigneten Panzerschiff wird „König Wilhelm" schon zum zweiten Male in diesem Jahre zu einer Repräsentationsfahrt benützt werden. — Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld, der neue Regent des Fürstenthums Lippe, trifft mit Familie und Gefolge morgen hier ein. — Die Nachricht, daß der Staatssekretär des Reichspostamts v. Podbielski beabsichtige, alsbald nach den Sitzen einer Anzahl von Oberpostbezirken zu reisen, um daselbst die Einrichtungen zu inspiziren und event. Anordnungen über anderweitige Gestaltung des dienstlichen Verkehrs mit der Centralstelle zu treffen, und daß die erste Reise über Halle, Leipzig, Erfurt und Kassel nach Köln gehen solle, wird entschieden dementirt. — Die Müngstener Eisenbahnbrücke, die heute in Gegenwart des Prinzen Friedrich Leopold und der Minister Dr. v. Miquel und Thielen eingeweiht wurde, erhielt den Namen „Kaiser Wilhelm-Brücke". — Marquis Ito, der frühere japanische Premierminister, hat vom Kaiser von Japan den Befehl erhalten, ein Jahr Deutschland, England, Frankreich, Rußland und Italien zu bereisen, um die Einrichtungen dieser Staaten kennen zu lernen. Er wird demnächst aus England in Berlin erwartet. — Den „Hamb. Nachr." zufolge ist die Samiah-Bai bei Futschau in den südchinesischen Gewässern als deutsche Kohlen- und Flottenstation in's Auge gefaßt. — Der „Staatsanzeiger" publicirt das Gesetz, durch welches die Bausumme für den Dortmund-Ems-Kanal von 70,825,000 auf 71,575,000 Mk. erhöht wird. — Wie verlautet, ist mit Rücksicht auf die Bestimmung des neuen nordamerikanischen Zolltarifs über die Zuckereinfuhr die Einberufung einer abermaligen internationalen Zuckerkonferenz angeregt worden. — Zu der Verhaftung russischer Studenten in Charlottenburg wird noch gemeldet, daß es sich um einige Kunstschüler polnischer Nationalität handle. Daß es zu einer Auslieferung kommen werde, wird bezweifelt. — Aufsehen erregt es in studentischen Kreisen, daß der seinerzeit in Charlottenburg sehr bekannte russische Student der technischen Hochschule Wischnewin bei einer Reise in die Heimath von den russischen Behörden in Empfang genommen und auf administrativem Wege nach Sibirien transportirt worden sein soll.

Berlin. Der „Köln. Volksztg." zufolge soll der Kaiser zu den nach Travemünde eingeladenen Ministern und Staatssekretären gesagt haben, Fürst Hohenlohe werde ihn wahrscheinlich im Herbst verlassen. — Die Nachricht, daß Freiherr v. Marschall bereits in der Audienz, die er vor seiner Abreise bei dem Kaiser gehabt hat, um seine Entlassung nachgesucht habe, wird im „Tageblatt" widersprochen. Der Staatssekretär habe in jener Audienz lediglich einen Erholungsurlaub wegen seiner schwer angegriffenen Gesundheit erbeten. Zu einem Entlassungsgesuch habe um diese Zeit um so weniger Anlaß vorgelegen, als der Kaiser in jener Audienz, wie er dies auch schon vorher in unzweideutiger Weise einem regierenden deutschen Fürsten gegenüber gethan, seine Befriedigung über die Einleitung des Prozesses deutlich zu erkennen gegeben, sein lebhaftes Bedauern über die in dem Verfahren aufgedeckten Vorkommnisse innerhalb der politischen Polizei ausgesprochen und den Prozeß als den Hebel zu der dringend nothwendigen Reform dieses Instituts bezeichnet habe. Etwas Anderes aber dürfte es mit dem angeblichen Wunsche des Freiherrn v. Marschall sein, auf den verlassenen Staatssekretärposten zurückzukehren. Wenn er sein Entlassungsgesuch noch nicht eingereicht habe, so schließe das keineswegs aus, daß er, der die Mächte sicherlich kenne, die ihn zu stürzen suchten, nur geringe Neigung verspüren könne, sich auf einem Posten zu behaupten, über den einflußreiche Persönlichkeiten schon verfügt zu haben schienen, noch ehe der Inhaber seiner Gesundheit halber auf Urlaub gegangen sei.

Kiel. Das Befinden der bei der Explosion auf dem Panzer „Friedrich Karl" verwundeten Matrosen ist befriedigend.

Hamburg. Der Hamburger Schnelldampfer „Augusta Viktoria" ist von seiner Tour nach Spitzbergen gestern in Tromsö wieder eingetroffen. Der Ausflug nahm bei günstigem Wetter einen herrlichen Verlauf. Die Theilnehmer bewunderten die Mitternachtssonne in seltener Pracht. Unterwegs wurde der Dampfer „Lofoten" (Kapitän Sverdrup, Führer des „Fram") begrüßt. Es wurden viele Eisberge und Walfische angetroffen.

Kattowitz. Auf der Cleophas-Grube wurde durch Zusammenbrechen der Wasserhaltungsmaschine ein Buddler erschlagen. Der Betrieb wurde nicht gestört.

Prag. Der Statthalter Graf Coudenhove benachrichtigte das Ausstellungskomitee in Bodenbach, er könne unter den gegebenen Umständen der Einladung, nach Bodenbach zu kommen, um die Eröffnung der Ausstellung vorzunehmen, nicht Folge leisten.

Gmunden. Das dänische Königspaar ist heute nach Kopenhagen abgereist.

Paris. Anläßlich des heutigen Nationalfestes herrscht lebhafte Bewegung in der Stadt. Bei schönem Wetter fanden Vormittag wie gewöhnlich Kundgebungen vor der Statue von Straßburg, der Jungfrau von Orleans Jeanne d'Arc und von Gambetta statt, und sind ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Aus den Provinzialstädten werden von heute Vormittag glänzende Truppenparaden gemeldet, welche überall im Beisein großer Zuschauermassen stattgefunden haben.

Mons. Bei einzelnen Schächten des östlichen Kohlendistrikts sind die Arbeiter nach wie vor vollständig angefahren. In anderen Kohlenbezirken dauert der Streik noch unvermindert fort, sodaß die Zahl der Ausständigen noch 19- bis 20,000 beträgt.

Utne. Das Befinden des Kaisers ist befriedigend; die Nacht war gut. Um 10 Uhr wurde an Bord der „Hohenzollern" ein Trauergottesdienst für den verunglückten Leutnant v. Hahnke abgehalten. Um halb 1 Uhr lichtete die „Hohenzollern" die Anker und trat die Fahrt nach Bergen an.

Kopenhagen. Die Beerdigung der bei der Eisenbahnkatastrophe zu Gjentofte Verunglückten erfolgt auf Staatskosten. Die ursprünglich geplante Leichenfeier ist wegen der ungünstigen Räumlichkeiten der Kirchen aufgegeben. Sämmtliche Leichen sind jetzt recognoscirt.

London. Unterhaus. Chamberlain erklärte bei der 2. Lesung der Marinebauten-Bill, nach deren Vollendung der eingeschlossene Hafenraum eine Fläche von 610 Acres bilden würde und zur Aufnahme von 22 Flaggschiffen und mehreren kleineren Fahrzeugen geeignet wäre, der Voranschlag beziffere die Kosten auf 3⅓ Mill. Pfd. Sterling. Die Bill erstrebe ferner eine Vergrößerung der Marinewerften in Hongkong und die Errichtung eines Wellenbrechers an der Nordseite des Hafens von Gibraltar, von welcher der Hafen absolute Sicherheit und einen größeren Flächenraum gewinnen würde. Noch mehrere andere untergeordnete Bauten in verschiedenen engl. Häfen und in Colombo würden in der Bill gefordert. Für das laufende Finanzjahr betrage der Gesammtvoranschlag 3,3 Mill. Pfd. Sterl., von denen 200,000 Pfund für Bauten in Dover und Hongkong vorgesehen seien.

Saigon. Der Generalgouverneur von Französisch-Indochina ist aus Kambodscha zurückgekehrt; er hat dort die Einführung wichtiger Reformen durchgesetzt. Die Franzosen werden nunmehr den französischen Gerichten unterstehen, das Einzeleigenthum wird anerkannt, die freien königlichen Besitzungen können veräußert werden; die königlichen Entschließungen bedürfen der Genehmigung des Gouverneurs. Die Sklaverei wird aufgehoben.

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79. Prospecte unentgeltlich.